

Grünes Kriegsprogramm

Offener Brief an die Mitglieder und Freunde der Grünen zu den friedenspolitischen Positionen im neuen Grundsatzdokument der Partei. **Von Reiner Braun und Werner Ruf**

Im November 2020 verabschiedeten die Grünen auf einem Onlineparteitag ein neues Grundsatzprogramm. Der Dachverband der Friedensbewegung, die »Kooperation für den Frieden«, nahm in einem offenen Brief an die Vorsitzenden der Partei, Annalena Baerbock und Robert Habeck, sowie an die Mitglieder der Grünen unter dem Titel »Ist euch »Frieden« noch wichtig?« am 23. November 2020 dazu Stellung (siehe koop-frieden.de). Das Schreiben unterzeichneten Jens-Peter Steffen (Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg – IPPNW), Wiltrud Rösch-Metzler (Pax Christi) und Philipp Ingeneuf (Netzwerk Friedenskooperative) für den Rat der »Kooperation für den Frieden«, der mehr als 50 Organisationen und Initiativen angehört. Sie bezeichnen darin das Grüne-Programm, das den Titel »... zu achten und zu schützen ...« Veränderung schafft Halt trägt, als »friedenspolitische Katastrophe«.

In einem elfseitigen Schreiben vom 5. Dezember 2020 wies Winfried Nachtwei, seit 1980 in der Friedensbewegung aktiv und als Sicherheits- und Abrüstungsexperte von 1994 bis 2009 Abgeordneter der Grünen im Bundestag, diese Kritik zurück (siehe nachtwei.de).

Der Politikwissenschaftler und Friedensforscher Werner Ruf sowie der Sprecher der »Kooperation für den Frieden« Reiner Braun fanden »diesen Brief herausfordernd und kriegsaffin«. Er habe sie deswegen zu einer »etwas grundsätzlicheren Antwort« veranlasst. Wir dokumentieren den Wortlaut:

Lieber Winfried, gemeinsam haben wir in den 80er Jahren gegen die neuen US-Erstschlagswaffen und die Kriegsgefahr in Europa für eine Welt ohne Atomwaffen (in Ost und West) demonstriert. Ohne dich sind wir 1999 auf die Straße gegangen, um gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, unterstützt von der SPD/Grünen-Bundesregierung, zu protestieren. Wir mussten erleben, dass mit verwegenen Verdrehungen der Verteidigung der Menschenrechte der erste deutsche Kriegseinsatz nach 1945 besonders durch den Grünen-Außenminister Joseph Fischer, zu legitimieren versucht wurde. Die pazifistische Partei Die Grünen wandelte sich zur Kriegspartei.

Eine alte historische Tatsache wurde 1999 – in einer tiefen und kontroversen gesellschaftlichen und friedenspolitischen Debatte – untermauert. Wenn es um Krieg und Frieden geht, geht es bei den Befürwortern von Kriegseinsätzen immer um »Frieden und Menschenrechte« oder »Verteidigung der Menschenrechte durch Krieg«, also immer um gesellschaftlich positiv besetzte Werte. Niemand spricht mehr davon, dass »wir in den Krieg ziehen«. Nein, wir verteidigen den Frieden und die Menschenrechte, oder wir »tragen Verantwortung«.

Es kommt also darauf an, genau hinzuschauen und zu analysieren, was wirklich gemeint ist. Lügen spielen bei der Begründung von Kriegen schon immer eine zentrale Rolle, Verdrehungen und Verkürzungen sind an der Tagesordnung. Interessen, besonders ökonomische und geostrategische, gibt es nie, immer geht es um ehre Ziele, seit 1999 geht es eigentlich immer um Menschenrechte, die durch Krieg verteidigt oder wiederhergestellt werden müssen.

Menschheitsziel

Krieg aber ist per se menschenrechtsfeindlich. Die Vertreter der »humanitären Intervention« maßen sich die moralische (!) Autorität an, das Leben von Menschen zu vernichten. Getötete und verstümmelte Unschuldige werden zu »Kollateralschäden« verdinglicht. Deswegen sind bei der Formulierung von Grundsatzdokumenten zu Krieg und Frieden auch inhaltliche Schärfe, Klarheit und Genauigkeit dringend notwendig. Krieg sowie Frieden als historisch erregenes Menschheitsziel sind auch völkerrechtlich verbindlich in der UN-Charta Artikel 2.4 und im Grundgesetz fixiert. Hintertürchen, offene Formulierungen, Unschärfe, Zwei- und Doppeldeutigkeiten in den Formulierungen öffnen den Weg zum Krieg, zu Aggression und Intervention und dienen letzt-

endlich als Legitimation für den Kriegseinsatz. In der Menschheitsgeschichte finden sich hierzu Hunderte Belege (siehe Deutsch-Französischer Krieg 1871, Erster Weltkrieg, die Irak-Invasionen 1990 und 2003, Afghanistan-Krieg 2001, Libyen-Intervention 2011, die Liste ist endlos). Angesichts der Erfahrungen mit zwei Weltkriegen und dem damit verbundenen Leid und einer deutschen Bevölkerung, die Kriege mit großer Mehrheit ablehnt, kann ein Kriegseinsatz nur »legitimiert« werden mit dem Ringen um etwas »absolut Gutes«. Dazu werden die »Menschenrechte« heute permanent missbraucht. Und: Dahinter wird – meist unausgesprochen – eine Kategorisierung von Gut und Böse entfaltet, wobei gleichsam natürlich »wir«, die Guten, als moralische Autorität sie, die Bösen, daran hindern (müssen), Böses zu tun. Von vornherein wird dann ausgeblendet, dass gewaltförmige Auseinandersetzungen oft ihren Ursprung in der ungerechten Weltwirtschaftsordnung, in (meist) von den wirtschaftlich überlegenen Mächten des Westens verursachten Formen von Ausbeutung und Verelendung haben (siehe Johan Galtungs Begriff »strukturelle Gewalt«). Die wahren Verursacher solcher Gewaltverhältnisse präsentieren sich nun als (wenn auch gewalttätige) Retter der Menschenrechte! Darum wird nicht von Krieg gesprochen, dieser wird verkleidet als »humanitäre Intervention«.

Dies ist unsere grundsätzliche Kritik an dem Papier: Das Grundsatzdokument ist »kriegsaffin«. Es versucht, Kriege zu legitimieren und zu rechtfertigen, und damit ist es im letzten Ende – es muss so deutlich gesagt werden – ein Kriegsprogramm.

Es geht um Interessen

Damit diese Scheinlegitimation – wozu besonders der Menschenrechtsdiskurs missbraucht wird – ermöglicht wird, muss der historisch wesentliche, ja zentrale Grund für Kriege – politische, geostrategische, ökonomische und handelspolitische Interessen, in diesem Falle auch Deutschlands – verschwiegen und nicht thematisiert werden. Politik eines Landes hat nichts mit Moral, aber viel mit Interessen zu tun.

Deutlicher als im folgenden Zitat von Egon Bahr kann es kaum formuliert werden: »In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.« (Egon Bahr vor Schülern in Heidelberg. *Rhein-Neckar-Zeitung*, 4. Dezember 2013)

Sicherheitspolitik/Außenpolitik ist immer Interessenpolitik zur Wahrung und Unterstützung wesentlicher politischer Ziele der herrschenden Politik. Dies ist im kapitalistischen Deutschland nun einmal die politische und wenn notwendig auch militärische Absicherung der langfristig weltweiten Profitinteressen (deutlich formuliert bereits in den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« von 1992).

Das Grundsatzdokument der Grünen ist damit auch ein die aktuellen politischen Herrschaftsstrukturen der globalen Ungerechtigkeit und Ausbeutung verfestigendes Dokument und legitimiert letztendlich die Absicherung kapitalistischer Profitinteressen durch Krieg (abermals siehe Galtung: »strukturelle Gewalt«).

Mit globaler Gerechtigkeit oder gar Humanität oder Verantwortung hat dies nichts zu tun – auch wenn diese Begriffe fast beschwörend immer wieder im Papier der Grünen auftauchen.

Wenn wir uns die derzeit 13 laufenden Einsätze der Bundeswehr (27 wurden inzwischen abgeschlossen) auf drei Kontinenten ansehen, in deren Rahmen rund 4.000 Soldatinnen und Soldaten unterwegs sind, so erfüllen diese oft mehrere

Bestes Beispiel ist etwa die Anti-IS-Koalition im Irak, hinter der keines der Militärbündnisse (NATO oder EU) steht. So ist es kein Zufall, dass diese Mission, an der sich Deutschland mit rund 500 Soldatinnen und Soldaten beteiligt, ihren Sitz in der Hauptstadt der kurdischen Provinz Erbil hat. Dies stärkt die irakisch-kurdische Autonomiebewegung, trägt tendenziell zur weiteren Zerstörung des gegenwärtigen Irak bei und sichert den wachsenden

„Lügen spielen bei der Begründung von Kriegen schon immer eine zentrale Rolle.“

Ziele zugleich. Sie reichen von friedenssichernden UN-Missionen wie etwa der Überwachung des Waffenstillstands in der Westsahara bis zu Kriegseinsätzen im Rahmen der NATO in Afghanistan oder der Sicherung der Staatlichkeit des Kosovo, eines Staates, der nicht einmal von allen Mitgliedern der EU anerkannt wird und in der Folge der staatlichen »Neuordnung« des Balkans während des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien 1999 entstanden ist.

Selbstmandatierung

Es ist Deutschland gelungen, dass die einzelnen Militäreinsätze kaum mehr nach ihren Mandaten (UNO, NATO, EU) unterschieden werden. Dadurch tritt auch die Frage in den Hintergrund, ob diese Interventionen völkerrechtskonform sind. Die NATO und die EU legitimieren sich in zunehmendem Maße selbst. Damit wächst auch der Spielraum Deutschlands für die Mandatsdefinition und das Verankern eigener Interessen in den Mandaten.

Gefangene nicht vergessen!

In schwierigen Zeiten sind verlässliche Informationen lebenswichtig.

Bitte spenden Sie die »junge Welt« für Gefangene zum Preis von 30,60 € monatlich, 89,00 € für ein Vierteljahres-, 176,20 € für ein Halbjahres- oder 348,80 € für ein Jahresabo oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00 Kennwort: »junge Welt« www.freibabos.de

Freiabonnements für Gefangene e.V.

Bild © Mike Fouquier - stock.adobe.com

ANZEIGE

Wo Ferien noch Ferien sind – auf dem Hollerhof

Die Stiftung kultureller Förderung und Bewahrung des Lebenswerkes von Dietrich und Christel Kittner betreibt den Hollerhof im Sinne der Kittners weiter. Sie fördert kulturelle Initiativen und vermietet die Ferienwohnungen an der slowenischen Grenze in der Südoststeiermark.

Rundum Natur pur – viel Ruhe • Radlerparadies • zwei Thermalbäder 4 km entfernt • 3 komfortable Ferienwohnungen (93 bzw. 63 qm) für 2–5 Personen mit Kittners Bibliothek von etwa 10.000 Büchern

Anfragen, Buchungen und Nachrichten: Christel und Dietrich Kittner-Stiftung, Dedenitz 6, A-8490 Bad Radkersburg (Österreich) • Telefon: (00 43) 3 47 62 05 25 • E-Mail: hollerhof@hollerhof.at • Internet: <https://hollerhof.at>